

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekannteren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abzugpreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Arbeiterstimme, Dresden-Z. / Geschäftsstelle und Expedition: Mittelstraße 2 / Fernschreib-Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden-Z. 13553, Emil Schlegel-Straße 17259 / Drahtanschluß: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang

Donnerstag, den 22. Juli 1926

Nummer 168

Sturz der Regierung Herriot

Wilde Tumultszenen vor der Kammer
Vor einer Regierung Poinecaré

Paris, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Das kaum zustande gekommene Kabinett Herriot ist mit 236 gegen 237 Stimmen gestürzt worden. Die Regierungsbildung verlief sehr schwierig. Die Regierungsbildung verlief sehr schwierig. Die Regierungsbildung verlief sehr schwierig.

nalen Vereinigung mit Poinecaré als Ministerpräsidenten und Finanzminister an der Spitze freimachen. Die wilden Kundgebungen und Schlägereien, die Bedrohung Herriots durch Lynxung können gebendet werden als das Wetterleuchten des Faschismus, weil der demokratische Weg Herriots verlagte und die Massen die demokratischen illusionen zu verlieren beginnen.

Herriot durch die Hintertür geflohen

Paris, 22. Juli. (Telunion.) Das Kabinett Herriot ist mit 237 gegen 236 Stimmen in der Kammer geblieben. Das Abstimmungsergebnis wurde in der Kammer mit einem Schrei aufgenommen. Nur vereinzelt brachte man Beifall, der gegen ein Vertrauensvotum gesprochen hatte. Opposition war. Auf dem Höhe vor dem Palais Bourbon ist es zu noch nie dagewesenen Demonstrationen gekommen. Die Menge, die von einem starken Polizeigebot nur mühsam zurückgehalten werden konnte, lärmte während der ganzen Dauer der Kammerberatung. Immer wieder erkante der einstimme Ruf: "Nieder mit Herriot!" — "Kammerauflösung!" Das Abstimmungsergebnis wurde danken mit lauten Bravorufen begrüßt. Herriot und seine Kollegen verließen die Kammer durch eine Hintertür. Was kommt jetzt? Der Gedanke an eine nationale Regierung hat ganz ungewöhnlich an Boden gewonnen. Hervorragende politische Persönlichkeiten haben sich für sie ausgesprochen. Allerdings wird nur ein Koalitionskabinett rechtsgerichteter Orientierung möglich sein, wobei Rechte und Zentrum durch Jung die rechten Flügel der Radikalsozialisten verstärkt würden. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß Poinecaré den Auftrag zur Regierungsbildung erhält. Nach Lage der Dinge wäre aber auch eine Berufung Bouissans möglich, dessen zeitiger Intervention in erster Stunde ausschlaggebende Bedeutung beizumessen war.

Vor einer Regierung Poinecaré

Berlin, 22. Juli. Wie die "Morgenblätter" melden, hat Doumergue Poinecaré für Donnerstag früh zu sich ins Elisee gebeten. Poinecaré habe erklärt, daß er eine Regierung von nur hieben Mitgliedern bilden werde.

Der Bankrott des Reichsbanners

Von Richard Kern.

Das wichtigste Ergebnis des Kampfes um die entscheidungslose Einigung der Parteien ist eine Umgruppierung der Klassenkräfte. Die Vereinigung der Rechtsparteien und Rechtsverbände, die Verschärfung der Gegenseite in den sogenannten Mittelparteien, die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die kleinbürgerliche-losenverpflichtete Politik sind die verschiedenen Seiten eines bedeutsamen Prozesses, den die Kommunisten mit allen Kräften und Mitteln beschleunigen müssen. Die schwarz-rot-goldene Weimarer Koalition, die sich im Reichsbanner verkörpert, ist mürbe und brüchig. Einerseits sammeln sich die Reichsbannerarbeiter, die es endlich mit dem Kampf gegen die Reaktion meinen, unter das rote Banner der Arbeiterklasse und andererseits strömen die bürgerlich-nationalistischen Elemente in das Lager der schwarz-weiß-roten Kontrevolution.

Die Reichsbanner-Organisation ist kein leerer Schatten, sondern reale Wirklichkeit, eine breite elementare Bewegung gegen die Schwänze und haltlose Politik des Führerapparates.

Die Zusammensetzung des Reichsbanners ist in erster Linie vom Dekrete der Weimarer Koalition abhängig, die nach der Rechtschwärzung der Zentrumspartei und der Demokraten nur durch weitere Konzessionen der sozialdemokratischen Reichsbannerführer an die bürgerlichen Elemente erreicht zu erhalten ist. Die neueste Parole der sozialdemokratischen Führung lautet darum gegenwärtig: "Vollkommene Entpolitisierung des Reichsbanners". Hörtung kündigte auf der 1. Bundesdelegiertenversammlung des Reichsbanners in Magdeburg gegen diejenigen Mitglieder, die den Parteifreit entlassen, "schärfere Maßnahmen" an. "Wir werden uns überlegen", rief er aus, "ob wir nicht solche Mitglieder ausschließen werden."

In einem Artikel "Reichsbanner und Parteien" schreibt der Breslauer Pastor Ernst Weering:

"Der Versuch, eine Reichsbannerpolitik zu treiben, muß scheitern, so wie man sich an die Erörterung einzelner, konkreter Fragen geht, die nicht die Verfassung betreffen. ... alle Parteien geraten in Schwierigkeiten, wenn etwa ihre Politik vom Reichsbanner her beeinflusst werden sollte."

Das Organ des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Paul Loebe, die "Breslauer Volkswacht", sekundiert:

"Eine bloße Abwehrbewegung wie das Reichsbanner, kann ja der republikanischen Bewegung auch gelöst niemals die Vertiefung geben, die sie in der Arbeiterbewegung durch den Sozialismus erhält, während die anderen republikanischen Richtungen sie in religiöser Einstellung oder bürgerlich-demokratischen Ideologien suchen." (Reichsbannerprobleme 26. 6. 1926.)

Es wird jeder zugeben müssen, daß diese Erklärung das Einverständnis des völligen ideologischen und politischen Bankrotts des Reichsbanners ist. Der Bankrott des Reichsbanners als politische Bewegung zum Schutze der Republik ("Für Gott" allein weih, was die Leute an dieser Republik noch zu schätzen gebenden) ist auch bei der Volkseigenheitskampagne offensichtlich geworden. Wenn die Reichsbannerführung wirklich den Kampf gegen Faschismus und Reaktion soll und führen könnte, würde sie sich offen für das Einseitigkeitsgesetz ausgesprochen haben. Statt dessen erklärte sie, daß die Durchführung des Volkseigenheits "Sache der Parteien" sei. Der Reichsbannerführung war es also gar nicht darum zu tun, dem Volkseinheit, und um Siege zu verhelfen, sie forderte die Mitglieder indirekt zur Sabotage des Kampfes auf. Allerdings hat sie eine große Enttäuschung erlebt, denn Tausende Arbeiterkameraden aus dem Reichsbanner marschierten gemeinsam mit dem Roten Frontkämpferbund auf und nahmen an den Arbeiten für den Volkseigenheitsfeld teil.

Trotz allem leidet die Bundesführung den Rechtskurs unter Androhung "schärfere Maßnahmen" gegen die "Rechtseifer" fort. Stillschweigend hat sie folgende Bedingungen der Zentrumspartei geschlossen, die erneut den überparteilichen Charakter des Reichsbanners festlegen sollen:

1. Gleichwertige Vertretung der einzelnen republikanischen Parteien im Bundesvorstand und Bundesleitung, vor allem bei Beschlüßfassungen und Kundgebungen.
2. Aufhebung des Mehrheitsprinzips gemäß der Mitgliederzahl, bei Vorstandswahl und anderen Wahlen.
3. Vermeidung all dessen, was den Eindruck erweckt, als ob für eine Partei der Weltanschauungsgruppe gewonnen werde. Unterlassung von Redungen, Artikeln, Bildern und Inseraten in offiziellen Organen, die der religiösen Auffassung des Zentrums widersprechen.
4. Parteiflaggen (rote Fahnen) sind bei Reichsbannerkundgebungen nicht zuzulassen.

Bisher sind diese Abmachungen der sozialdemokratischen Führer mit der Zentrumspartei noch nicht einmal den Mitgliedern bekanntgegeben worden. Um so mehr haben wir Kommunisten Verantwortung den proletarischen Reichsbannerkameraden zu setzen, wohn die Frage geht. Es wurde zwar bei so überlaiden Fragen, wie es der Hauptzeit war, zu Demonstrationen und Kundgebungen aufgerufen, aber bei allen anderen Fragen, wie Volkspolitik, Parteienabstimmung usw., die sich unmittelbar gegen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse richten, wurde kaum das Wort gehalten.

Für die Politik der Reichsbannerführung in den letzten Monaten ist besonders die Agogikalisierung kennzeichnend.

Was aber verborgt sich hinter den monotonen sehr "redaktionellen" Neben der Reichsbannerführung? Geben wir Herrn Scheibgen-

Die Kleinfaliber

Was Stuttgart wird gemeldet, von der württembergischen Regierung habe zugegeben werden müssen, daß in Kleinfaliber-Kampagnen württembergische Polizeioffiziere als Ausbilder tätig waren und noch tätig sind. An sich ist es diese tege Beteiligung der Offiziere der Wehrmacht in den Organisationen nichts Neues. In einem Fall sind es die Reichswehroffiziere, im anderen Fall die Polizeioffiziere. Diese enge Beteiligung der "Ausführer" ist "Sicherheit" Behörden an den tatsächlichen Organisationen macht es auch erklärlich, daß trotz aller Angaben und Hinweise die württembergische Polizei von den Abungen der Falibisten in der Reichswehr Heide im besondern nichts weiß.

Auch von den sozialistischen Ministern und Polizeipräsidenten in da keine Wenderung zu erwarten, wiewoß von diesen die Falibische Bewegung unterstützt.

Die Arbeiter kennen die Gefahr, die ihnen von dieser Gewalt droht, sehr wohl. Sie werden sich darauf vorbereiten, sich selbst ihrer Haut zu wehren.

4 Jahre Zuchthaus wegen Verrats militärischer Geheimnisse

Wien, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wegen verachteten Verrats gegen militärische Geheimnisse wurde ein von polnischen Spionageagenten mißbrauchter Arbeiter in nichtöffentlicher Sitzung zu 4 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrenverbannung, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Die Affäre Magdeburgs

In der Magdeburger Vordangelegenheit Helling hat gestern Abend eine Besprechung der beteiligten Behörden bei dem Oberpräsidenten Herrling stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung ist, daß jetzt die verschiedenen Magdeburger und Berliner Kommandos zusammen an der Aufklärung weiter arbeiten sollen.

Aus dem Mutterland der Sozialdemokraten

Ständige Zusammenkünfte in Wien

Wien, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Anlaß einer von der republikanischen Vereinigung der ehemaligen Kriegsgefallenen organisierten Demonstration, um praktische Hilfe für die erkrankten Arbeiter- und Kriegsveteranen zu fordern, kam es zu Zusammenkünften mit den Parteimitgliedern, die mit Klachten gegen die Regierung

sich dabei das Handgelenk verletzten. Die verletzten Polizisten wurden von ihren Offizieren auf ein in der Demonstration mit roten Fahnen fahrendes Auto geführt, das beschlagnahmt wurde.

Kampf bei den polnischen Nationalisten

Breslau, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wie in Deutschland, bestehen sich auch in Polen die nationalistischen Organisationen und Kampfverbände, wie dies durch ein auf die Druckerlei der konservative Richtung gehörenden Zeitung "Kolon" in Kattowitz verübtet Kommandoerret zum Ausdruck kommt. Auch in Hohenlohenhütte, sowie in Potosow wurden Dynamitattentate von polnischen autonomen Organisationen verübt.

Eine neue Notlandung des Roten Fliegers

Der von Berlin nach Paris gestartete Rote Flieger mußte wegen schlechten Wetters in Weßham eine neue Notlandung vornehmen. Wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, soll dabei die Maschine beschädigt worden sein.

Weitere 235 000 Rubel für die englischen Bergarbeiter

Das Franzosenarbeiterrätee des Zentralkrates der Arbeitergemeinschaft Sowjetrußlands beschloß, zur Unterstützung der britischen Bergarbeiter einen Betrag von 235 000 Rubel zur Verfügung zu stellen.

Der Bezirksvorstand der SPD gegen das "Potemkin"-Verbot

Berlin. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für Groß-Berlin beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig einen Protest gegen das Verbot der Aufführung des "Potemkin"-Films. Er fordert die sofortige Zurücknahme des Verbots.

Die Militärs üben Bürgerkrieg

Berlin. Die "Völkische Zeitung" berichtet, daß in der Abteilung im Swinemünde Einnebelungsmänner mit künstlichem Nebel in den letzten Tagen Notgebunden haben. Auch das Artillerieregiment 4 unternahm in Tandsenberge solche Übungen, wobei Trückerbatterien mit "vollem Erfolg" eine Stunde lang in andurchdringlichem Nebel gehalten war, so daß man kaum zwei Meter weit sehen konnte.